

VII

Inhaltsverzeichnis

Teil 1: Die Haftung des Staates gegenüber Dritten bei der Einschaltung privater Kräfte zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben	1
I. Das System der Staatshaftung	3
1. Das öffentlich-rechtliche Deliktsrecht	3
2. Enteignung (Art. 14 Abs. 3 GG) und Aufopferung	5
3. Öffentlich-rechtliche Schuldverhältnisse	5
II. Der Amtshaftungsanspruch (§ 839 Abs. 1 BGB iVm. Art. 34 Satz 1 GG)	9
1. Die Amtshaftung im Lichte der historischen Entwicklung	9
2. Die Amtshaftung nach Art. 34 Satz 1 GG	12
a. Die Voraussetzungen des § 839 Abs. 1 BGB	15
b. Die besonderen Anforderungen des Art. 34 Satz 1 GG	17
aa. Staats- und haftungsrechtlicher Beamtenbegriff	18
bb. Ausschluß der Amtshaftung bei fiskalischem und erwerbswirtschaftlichem Handeln des Staates	20
3. Die Ausübung eines öffentlichen Amtes durch Behördenangehörige	21

VIII

4. Die Ausübung eines öffentlichen Amtes durch Privatpersonen	24
a. Die Haftung des Staates bei der Einschaltung selbständiger Privatunternehmer zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben	26
aa. Abgrenzung zu den übrigen privaten Helfern	26
bb. Die Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs zur Amtshaftung für selbständige Privatunternehmer im Bereich der schlicht-hoheitlichen Verwaltung	29
(1) Die Anfänge der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs	29
(2) Die Werkzeugtheorie des Bundesgerichtshofs	35
cc. Die Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs zur Einschaltung von Privatunternehmern im Bereich der Eingriffsverwaltung	41
dd. Beurteilung der Rechtsprechung zur Haftung für selbständige Privatunternehmer	48
(1) Der Bereich der schlicht-hoheitlichen Verwaltung	48
(2) Der Bereich der Eingriffsverwaltung	56
ee. Die Anwendung von § 831 BGB auch im Bereich des Amtshaftungsanspruchs (§ 839 Abs. 1 BGB iVm. Art. 34 Satz 1 GG)	59
ff. Privatunternehmer als Beamter im haftungsrechtlichen Sinne (Art. 34 Satz 1 GG) bei Tätigwerden im öffentlich-rechtlichen Pflichtenkreis der Behörde	61
(1) Statusunabhängiger Amtsbegriff	63
(2) Funktionsbezogene Auslegung des Amtsbegriffs	64
(3) Beschränkung der Haftung auf eine Funktionswahrnehmung im öffentlich-rechtlichen Pflichtenkreis der Behörde	65
(4) Verletzung einer drittbezogenen Amtspflicht durch den Unternehmer	73

IX

(5) Haftende Körperschaft	74
gg. Die Haftung des Staates wegen Fehler eines Behördenangehörigen bei der Auswahl und Beaufsichtigung des Privatunternehmers	75
b. Die Ausübung eines öffentlichen Amtes durch den unselbständigen Verwaltungshelfer	77
c. Die Amtshaftung bei Tätigwerden eines Beliehenen	80
aa. Der Begriff des Beliehenen	80
bb. Abgrenzung zu den selbständigen Privatunternehmern und den unselbständigen Verwaltungshelfern	82
cc. Verfassungsrechtliche Zulässigkeit der Beleihung	84
dd. Eingreifen von Amtshaftungsgrundsätzen (§ 839 Abs. 1 BGB iVm. Art. 34 Satz 1 GG) bei Tätigwerden des Beliehenen	86
III. Der Anspruch auf Folgenbeseitigung bei der Einschaltung privater Kräfte	91
1. Hoheitlicher Eingriff	92
2. Der Vollzugsfolgenbeseitigungsanspruch bei Beteiligung privater Kräfte am Vollzug des Verwaltungsakts	93
3. Das Handeln eines Privaten als Auslöser eines allgemeinen Folgenbeseitigungsanspruchs	95
IV. Ansprüche aus Enteignung und Aufopferungsgewohnheitsrecht bei der Einschaltung privater Kräfte zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben	99

1. Enteignungsentschädigung (Art. 14 Abs. 3 Satz 2 GG) bei der Einschaltung privater Kräfte zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben	99
2. Ansprüche aus enteignendem und enteignungsgleichem Eingriff bei der Einschaltung privater Kräfte zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben	101
a. Ansprüche aus enteignendem Eingriff bei der Einschaltung privater Kräfte in der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs	104
b. Ansprüche aus enteignungsgleichem Eingriff in der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs	106
aa. Ansprüche wegen Verzögerung von Bauarbeiten	106
bb. Ansprüche aus enteignungsgleichem Eingriff bei der Beschädigung von Gegenständen	107
c. Hoheitlichkeit der Maßnahmen bei Tätigwerden des Privatunternehmers im öffentlich-rechtlichen Pflichtenkreis der Behörde	109
 IV. Die Haftung des Staates bei der Einschaltung privater Kräfte im Rahmen öffentlich-rechtlicher Schuldverhältnisse	 115
1. Die Haftung für private Kräfte im Rahmen öffentlich-rechtlicher Verträge (§§ 54ff VwVfG)	115
2. Weitere öffentlich-rechtliche Schuldverhältnisse	119
a. Die Haftung des Staates bei der Einschaltung privater Kräfte im Rahmen öffentlich-rechtlicher Anstalts- und Benutzungsverhältnisse	121
b. Öffentlich-rechtliche Verwahrung	125
c. Öffentlich-rechtliche Geschäftsführung ohne Auftrag	126
d. Entwicklung weiterer öffentlich-rechtlicher Schuldverhältnisse	129

XI

aa. Besonderes Näheverhältnis bei der Fürsorge und Leistungsverwaltung	129
bb. Besonderes Näheverhältnis bei räumlicher Nähe	131
V. Das Staatshaftungsrecht in den neuen Ländern	133
VI. Das Staatshaftungsgesetz von 1981	139
VII. Ausblick auf eine künftige gesetzliche Regelung	143

Teil 2: Die Haftung des Staates bei der gesetzlichen Indienstnahme Privater für Verwaltungsaufgaben gegenüber dem Indienstgenommenen	145
I. Der Begriff der Indienstnahme	145
II. Abgrenzung zu übrigen privaten Kräften	149
III. Formen der Indienstnahme	151
IV. Ansprüche aus dem Eigentumsgrundrecht(Art. 14 GG)	153
1. Die Eigentumsgewährleistung (Art. 14 Abs. 1 Satz 1 GG) bei der Gegenstandsindienstnahme	153
a. Kein Eigentumsschutz bei der Dienstleistungsindienstnahme	156
aa. Kein Schutz der unternehmerischen Dispositionsfreiheit über Art. 14 Abs. 1 Satz 1 GG	156
bb. Kein Schutz des Vermögens durch Art. 14 GG	158
b. Enteignungsentschädigung im Falle einer Gegenstandsindienstnahme	160
c. Ausgleichspflichtige Inhalts- und Schrankenbestimmung des Eigentums	163
d. Ansprüche aus enteignungsgleichem und enteignendem Eingriff	171

XIII

V. Amtshaftungsanspruch nach § 839 Abs. 1 BGB iVm. Art. 34 Satz 1 GG	173
---	------------

Teil 3: Zusammenfassung	175
--------------------------------	------------